

Ausweitung von Vogelschutzgebieten

IHK begrüßt Kompromiss zwischen Land und EU

Die Niederrheinische IHK begrüßt den sich abzeichnenden Kompromiss zwischen der EU-Kommission und dem Land NRW bei der Ausweitung von Vogelschutzgebieten am Niederrhein. Die angestrebte Lösung stelle einen Ausgleich zwischen Naturschutz und wirtschaftlichen Interessen dar, so die IHK. Es müsse aber noch geprüft werden, inwieweit wirtschaftliche Vorhaben betroffen seien.

Ursprünglich hatten die Pläne aus Brüssel eine Ausweitung des Vogelschutzgebietes „Unterer Niederrhein“ um zusätzliche 30 000 Hektar auf dann 50 000 Hektar vorgesehen. Schon frühzeitig hatte die IHK, federführend für die NRW-IHKs in den Bereichen Umweltschutz und Verkehr, auf die Folgen einer solchen Gebietsausweitung für Unternehmen und Kommunen hingewiesen: Gewerbliche Investitionen und Infrastrukturprojekte sind auf diesen unter Schutz stehenden Flächen in der Regel ausgeschlossen. Unmittelbar von den Plänen der EU-Kommission betroffen war bislang auch der LippeMündungsraum. IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger: „Der LippeMündungsraum spielt eine Schlüsselrolle für den Niederrhein als Logistikregion, nicht zuletzt wegen der begrenzten Flächen im Duisburger Hafen. Ein Vogelschutzgebiet in diesem boomenden Umfeld hätte einen herben Dämpfer für den



Die Häfen im LippeMündungsraum spielen eine Schlüsselrolle. Foto: Kreis Wesel

Wirtschaftsstandort bedeutet. Der Kompromiss berücksichtigt den Vogelschutz und lässt gleichzeitig Raum für Investitionen.“

Die Einigung zwischen der EU-Kommission und dem NRW-Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sieht nun vor, die Erweiterungsflächen auf knapp 5 600 zusätzliche Hektar zu beschränken. Davon entfallen über 3 400 Hektar auf den Kreis Kleve, etwa 1500 Hektar sind im Kreis Wesel betroffen. Die Stadt Duisburg muss knapp 650 Hektar zusätzliche Flächen als Vogelschutzgebiet ausweisen.

Wie weit die Planungen weitere wirtschaftliche Vorhaben berühren, soll im November in einem Beteiligungsverfahren geklärt werden. Dann will sich die Bezirksregierung Düsseldorf unter Beteiligung der Industrie- und Handelskammern mit den betroffenen Kommunen zu den einzelnen Flächenforderungen beraten. ●